

# Die Narretei der Klima-Führungsrolle: Großbritanniens Netto-Null-Masochismus und die Fata Morgana China

geschrieben von Chris Frey | 20. August 2025

## From Tilak's Substack

Es gehört zu den beständigen Wundern politischer Hybris, dass ein kleiner, sich de-industrialisierender Inselstaat, der weniger als 0,8 % der weltweiten Treibhausgasemissionen verursacht glaubt, die Welt zum Ausstieg aus fossilen Brennstoffen „führen“ zu können. Dieser Glaube – der von den politischen Eliten in Westminster sowohl auf der konservativen als auch auf der Labour-Bank aufrichtig vertreten wird – hat eine Energiepolitik hervorgebracht, die moralische Selbstdarstellung mit wirtschaftlicher Selbstbeschädigung verbindet. Das Ergebnis ist eine Fallstudie wie aus dem Lehrbuch, wie Tugendhaftigkeit, getarnt als „Klimaführerschaft“, eine Wirtschaft ausbremsen und gleichzeitig genau die geopolitischen Rivalen stärken kann, die man angeblich ausstechen will.

Die jüngste Manifestation dieser Wahnvorstellung kommt von Ed Milibands „Leiter der Mission Control for Clean Power by 2030“ Chris Stark. In einem Artikel im Telegraph drängt Stark Großbritannien dazu, China nachzueifern und ein „Elektrostaat“ zu werden – eine Nation, die ausschließlich mit reichlich kohlenstoffreicher Elektrizität versorgt wird – und behauptet, dass „wir diese Veränderungen ignorieren, was uns gefährdet“. Starks Prämisse ist ebenso atemberaubend in ihrer Naivität wie in ihrer Selektivität. China, so sagt er uns, „verlegt riesige Netze von Übertragungsleitungen, stellt die weltweit größte Flotte von Elektrofahrzeugen auf und setzt Solar- und Windkraftanlagen in einem Ausmaß ein, das den Rest der Welt in den Schatten stellt.“

## Chinas Netto-Null-Versprechen: Rauch, Schall und 2060

Es ist ein attraktives Bild – wenn man die unbequemen Fakten ausblendet, dass China nach wie vor zu 60 % von Kohle angetrieben wird, jede Woche zwei neue Kohlekraftwerke genehmigt und jährlich eine Kohlekapazität hinzufügt, die der des gesamten britischen Stromnetzes entspricht. Nach Angaben der Internationalen Energieagentur (IEA) hat der Kohleverbrauch im vergangenen Jahr mit 8,77 Milliarden Tonnen einen neuen Rekord erreicht, was auf den rasant steigenden Kohleverbrauch in China und Indien zurückzuführen ist. Die Internationale Energieagentur berichtet, dass Chinas Kohleverbrauch von 1,3 Millionen Tonnen im Jahr 2000 auf heute schätzungsweise 4,5 Milliarden Tonnen gestiegen ist. Das ist kein

Druckfehler. Es ist die Energie-Realität.

Für die Klimagläubigen ist Chinas Versprechen, bis 2060 kohlenstoffneutral zu sein, ein kühnes „Angebot, die Welt anzuführen“. Für erfahrene China-Beobachter ist es eine Übung in diplomatischem Theater. Die erfahrene China-Beobachterin Patricia Adams, die für die Global Warming Policy Foundation schreibt, erinnert uns daran, dass die höchste Priorität der Kommunistischen Partei Chinas nicht die Agenda der UN-Klimarahmenkonvention ist, sondern ihr eigenes politisches Überleben. Dieses Überleben hängt von einem anhaltenden Wirtschaftswachstum ab, das wiederum einen immer höheren Verbrauch an fossilen Brennstoffen erfordert. Auch kritische Fragen der Umweltverschmutzung wie Stadtsmog und Luftqualität müssen geklärt werden, um die Unzufriedenheit der Bevölkerung in Chinas großen Städten zu verhindern. Die „Führungsrolle“ beim globalen Klimawandel steht nicht auf der Liste der politischen Prioritäten Chinas, auch wenn dies für naive Sinophile wie Ed Miliband und Chris Stark nicht ersichtlich ist.

In Artikel 3 Absatz 1 des UNFCCC [1992] heißt es: „Die Vertragsparteien sollen das Klimasystem zum Nutzen der heutigen und der künftigen Generationen der Menschheit auf der Grundlage der Gleichheit und im Einklang mit ihren gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortlichkeiten und jeweiligen Fähigkeiten schützen. Dementsprechend sollten die Vertragsparteien in Gestalt der entwickelten Länder die Führung bei der Bekämpfung des Klimawandels und seiner nachteiligen Auswirkungen übernehmen.“ Seit den ersten Klimaverhandlungen hat sich Peking als Verfechter des Blocks der „Entwicklungsländer“ positioniert und sich damit selbst von verbindlichen Emissionssenkungen ausgenommen, während es vom Westen riesige Summen von „Klimafinanzierung“ fordert.

Das Pariser Abkommen von 2015, das in den westlichen Hauptstädten als Durchbruch gefeiert wurde, war in der Praxis eine große Abmachung, in der China versprach, bis 2060 emissionsneutral zu werden – ein Meilenstein, der Jahrzehnte in der Zukunft liegt, ohne Verpflichtungen, wie stark die Emissionen steigen werden und mit welcher Geschwindigkeit sie nach einem Höchststand zurückgehen. Im Gegenzug verpflichteten die Regierungen Obama und Biden der US-Wirtschaft zu kostspieligen Umweltauflagen, vergaben Subventionen und starteten einen regelrechten Angriff auf die US-amerikanische Kohle-, Öl- und Gasindustrie.

Im Jahr 2010 gestand der leitende Beamte des UN-Klimarats Professor Dr. Ottmar Edenhofer, dass Klimapolitik fast nichts mehr mit Umweltschutz zu tun hat und dass der bevorstehende Weltklimagipfel in Cancun in Wirklichkeit eine Wirtschaftskonferenz war, auf der über die Umverteilung der Ressourcen der Welt verhandelt wurde.

Im Jahr 2015 erklärte Christiana Figueres, die damalige Exekutivsekretärin des UNFCCC, dass das Ziel der Umweltaktivisten darin bestehe, den Kapitalismus selbst neu zu definieren. „Es ist das erste

Mal in der Geschichte der Menschheit, dass wir uns die Aufgabe stellen, innerhalb einer bestimmten Zeitspanne das wirtschaftliche Entwicklungsmodell zu ändern, das seit mindestens 150 Jahren vorherrscht, also seit der industriellen Revolution“, sagte sie. Mit Blick auf die in jenem Jahr stattfindende Pariser Klimakonferenz fügte sie hinzu: „Dies ist wahrscheinlich die schwierigste Aufgabe, die wir uns je gestellt haben, nämlich das wirtschaftliche Entwicklungsmodell zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit bewusst zu verändern.“

Seit Paris sind Chinas Treibhausgasemissionen nicht gesunken, sondern gestiegen. Zwischen 2018 und 2023 hat das Land mehr neue Kohlekapazitäten genehmigt als der Rest der Welt zusammen. Chinas Wind- und Solaranlagen sorgen zwar für Schlagzeilen, produzieren aber nur einen bescheidenen Anteil des Stroms und werden von den „schlimmsten Drosselungsraten der Welt“ geplagt. Wie Patricia Adams [dokumentiert](#), wurden durch großzügige Subventionen enorme ungenutzte Kapazitäten geschaffen, wobei die gedrosselte Windkraftleistung ausreicht, um Peking ein Jahr lang mit Strom zu versorgen – wenn sie nur das Netz erreichen würde.

## **Großbritanniens selbst auferlegte Energie-Zwangsjacke**

Im Gegenteil, Großbritannien hat sich voll engagiert. Unter Gordon Brown von der Labour-Partei verabschiedete das Parlament 2008 eine rechtsverbindliche [Verpflichtung](#), die Emissionen bis 2050 um 80 % zu senken. Im Jahr 2019 wurde dieses Ziel nach einer 88-minütigen [Debatte](#) im Unterhaus auf Anraten des Ausschusses für Klimawandel, der seine [Kosten-Projektionen](#) für Offshore-Windkraftanlagen auf ein einziges windreiches Jahr stützte, auf 100 % – Netto-Null – angehoben. Boris Johnson, der sich in vollem Aufputschmodus befindet, erklärte Großbritannien zum „Saudi-Arabien der Windkraft“.

Was die Stark-Miliband-Linie „Lasst uns China nacheifern“ so erstaunlich macht, ist die Tatsache, dass sie Chinas Investitionen in erneuerbare Energien als Zeichen eines ideologischen Engagements missversteht, während es sich in Wirklichkeit um eine Form des Staatskapitalismus handelt. Pekings Ausbau von Solar-, Wind- und Elektrofahrzeugen ist kein Kreuzzug gegen fossile Brennstoffe, sondern eine kalkulierte Strategie, um die Lieferketten von Technologien zu dominieren, auf die der Westen – politisch, nicht wirtschaftlich – angewiesen ist.

Durch die Förderung von Solarmodulen, Windturbinen und Batterien für Elektrofahrzeuge auf den westlichen Märkten – und die Sicherstellung, dass sie mit billigem Kohlestrom im eigenen Land produziert werden – erobert China die hochwertigen Produktions- und Exportmärkte, während seine Konkurrenten mit den höheren Kosten für die Integration intermittierender erneuerbarer Energien in ihre Netze zu kämpfen haben. Hinter der Herstellung von Wind-, Solar- und EV-Komponenten und fertigen Produkten stehen ganze, weltumspannende Lieferketten, die vom Bergbau bis zur Raffination von Mineralien und seltenen Erden reichen und

ausschließlich von China [dominiert](#) werden.

Ed Miliband besuchte China im März, wo er eine engere [Zusammenarbeit](#) mit China im Bereich der grünen Energie versprach. Doch fünf Monate später hat die Regierung den Text des von ihm unterzeichneten Memorandums noch immer nicht veröffentlicht. Dem [Guardian](#) zufolge hofft der britische Staatssekretär für Energiesicherheit und Net Zero Ed Miliband, „gemeinsam mit China und den Entwicklungsländern eine neue globale Achse zugunsten des Klimaschutzes zu bilden, um Donald Trumps Abkehr von der grünen Politik in den USA entgegenzuwirken“.

Das ist es, was Milibands blauäugiges Gerede von einer „neuen globalen Achse“ mit China als Vorreiter in Sachen Klima für erfahrene Beobachter so lächerlich macht. China schließt sich Großbritanniens grünem Kreuzzug nicht an, sondern monetarisiert ihn. UK und die EU sind vollkommen zufrieden damit, sich selbst in die Energiearmut zu manövrieren, während sie chinesische Ausrüstung kaufen, um genau das zu tun.

Der Öffentlichkeit in Großbritannien wird erzählt, dass hohe Rechnungen ein Problem Putins sind, dass wir „Geiseln der volatilen Gasmärkte“ sind und dass mehr Windparks und Solaranlagen uns von dieser Volatilität befreien werden. Die Erdgaspreise in Europa sind fast auf den Stand vor der durch den Ukraine-Russland-Krieg ausgelösten Versorgungskrise gesunken. Die geschätzten Stromrechnungen für einen Durchschnittshaushalt in UK sind jedoch um 35,5 % gestiegen, von 652 £ im Jahr 2021 auf 884 £ im Jahr 2024, wie aus den Daten von Ofgem hervorgeht. Während die gestiegenen Gaspreise (die eine zusätzliche Kohlenstoffsteuer enthalten, die von Energieversorgern gezahlt wird, die Strom mit Erdgas erzeugen) bei diesem Anstieg eine Rolle spielten, zeigt die Arbeit von David [Turver](#) und Andrew [Montford](#), dass die Reihe von Subventionen, die Kosten für den Systemausgleich (aufgrund der Intermittenz der erneuerbaren Energien) und der Ausbau des Netzes zur Unterstützung der zunehmenden Abhängigkeit von Solar- und Windparks eine weitaus wichtigere Rolle spielen.

Großbritannien hatte einst eine florierende industrielle Basis, die auf erschwinglicher, sicherer Energie beruhte. Heute wird die energieintensive Industrie – Stahl, Chemie, Glas – vom Markt verdrängt. Unter Berufung auf das Office for National Statistics [berichtet](#) die Financial Times, dass die Produktion in den energieintensiven Industrien in UK im Jahr 2025 seit 2021 um ein Drittel zurückgegangen ist und damit ein 35-Jahres-Tief erreicht hat. Die Produktion von Papier, Petrochemie, Basismetallen und anorganischen Produkten wie Zement und Keramik war 2024 auf dem niedrigsten Stand seit den Aufzeichnungen im Jahr 1990. Die Zahlen unterstreichen die Herausforderung, vor der die Minister stehen, wenn sie versuchen, die britische Industrie vor den hohen Energiekosten zu schützen, welche die Unternehmen gegenüber der Konkurrenz in den USA und China stark benachteilen.

Der ursprüngliche Climate Change Act von 2008 enthielt keinerlei Kosten-

Nutzen-Analyse. Wie Paul Homewood anmerkt, „wurde es fast einstimmig vom Parlament verabschiedet, weil man der Meinung war, dass die Kosten keine Rolle spielen, wenn man den Planeten retten will“. Das war auch der Fall, als Theresa May das Gesetz von 2008 änderte, um das Netto-Null-Ziel für 2019 festzulegen.

In der Zwischenzeit treibt die Regierung die Einführung von Elektroautos, das Verbot von Heizkesseln und den Ausbau der Infrastruktur für eine rein elektrische Zukunft voran, was die britische Wirtschaft über eine Billion Pfund **kosten** könnte. Der Net Zero-Report des Finanzministeriums geht munter davon aus, dass „ein erfolgreicher und geordneter Übergang“ zu niedrigeren Haushaltsskosten und „umfassenderen gesundheitlichen Vorteilen“ führen wird. Doch keine ernsthafte Szenario-Abschätzung scheint zu berücksichtigen, was passiert, wenn die weltweite Nachfrage nach fossilen Brennstoffen robust bleibt – wie es jede glaubwürdige Prognose besagt – und Großbritanniens selbst auferlegte Beschränkungen die Produktion und die Emissionen einfach ins Ausland verlagern, wie es bereits in den letzten zwei Jahrzehnten des wirtschaftlichen Niedergangs geschehen ist.

## **Energie-Realismus vs. „Klima-Führerschaft“: Trump stellt die globalistische Klima-Agenda auf den Kopf**

In allen Entwicklungsländern, nicht nur in China, herrscht Energie-Realismus vor. Indiens **Botschaft** an die jährliche Klimakonferenz COP28 im Jahr 2023 war unverblümmt: „Es ist ganz klar, dass Indiens erheblicher Energiebedarf für seine Entwicklung keinen Aufschub duldet... Indiens Abhängigkeit von Kohle ist entscheidend für seine Energiesicherheit vor dem Hintergrund des relativen Mangels an Erdöl und Erdgas einheimischer Herkunft.“

Afrikanische Staats- und Regierungschefs **äußern** sich immer lauter über die Heuchelei westlicher Regierungen, die sich auf dem Rücken fossiler Brennstoffe entwickelt haben und ihnen nun die gleiche auf fossilen Brennstoffen basierende **Energieleiter** verweigern. Selbst Deutschland kehrte nach Jahren der Klimapolitik zur **Verbrennung** von Braunkohle zurück, als seine Energiesicherheit nach dem Ukraine-Krieg zusammenbrach, nachdem es seine Kernkraftwerke nach Fukushima sehr kurzfristig abgeschaltet hatte.

Doch die einst geeinte Klima-Weltanschauung des „kollektiven Westens“, die in der UNO und ihren Sonderorganisationen wie dem IPCC vertreten war, ist zerbrochen. Präsident Trumps Energieteam unter der Leitung von Energieminister Chris Wright, dem Administrator der Umweltschutzbehörde Lee Zeldin und Innenminister Doug Burgum ist mit Volldampf unterwegs und feuert politische und regulatorische Initiativen in einem Tempo ab, das die Reaktionsfähigkeit der Gegner überfordert. Die eifrigen Klimagegner der Regierung haben keine Chance, sich der Trump'schen **Konterrevolution** entgegenzustellen.

Unter Präsident Trump sind die USA aus dem Pariser Abkommen [ausgestiegen](#) und haben ihre finanziellen Verpflichtungen im Rahmen der UN-Klimaagenda eingestellt. Unter dem Mantra der „Energiedominanz“ will die Trump-Regierung weiterhin die amerikanischen Stärken bei der Ausbeutung der amerikanischen Kohle-, Erdöl- und Erdgasressourcen ausspielen und eine „nukleare [Renaissance](#)“ einleiten. Die grüne Agenda, die unter der Obama-Regierung vorangetrieben und von der Biden-Regierung verstärkt wurde, die den massiven Inflation Reduction Act für den von der Demokratischen Partei favorisierten Sektor der erneuerbaren Energien auf den Weg brachte, wird nun Stück für Stück demontiert.

Großbritannien klammert sich derweil an die „Klimavorreiterschaft“, an die Vorstellung, dass ein moralisches Beispiel den Energiekurs der Welt verändern wird. Dies ist die gleiche Illusion, die Barack Obamas „große Abmachung“ mit Xi Jinping im Rahmen des Pariser Abkommens zugrunde lag, ein Abkommen, das den USA mit kostspieligen Vorschriften die Hände bindet, während es von China kaum mehr als einen vagen Höchstwert für 2030 verlangt. Wenn dies Führung ist, dann die eines Lemmings, der über die Klippe stürzt.

*This article was published in The Daily Sceptic*  
<https://dailysceptic.org/2025/08/14/the-folly-of-climate-leadership-britains-net-zero-masochism-and-the-china-mirage/> (Zahlschranke)

Link:

<https://wattsupwiththat.com/2025/08/16/the-folly-of-climate-leadership-britains-net-zero-masochism-and-the-china-mirage/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE

---

## Aktivisten wenden sich an Bundesgericht, um offiziellen Bericht der US-Regierung zu verbieten, der „feststehende“ Behauptungen der Klimawissenschaft widerlegt

geschrieben von Chris Frey | 20. August 2025

## [Chris Morrison, THE DAILY SCEPTIC](#)

Wissenschaftsleugner in den USA haben sich an das Bundesgericht in Massachusetts gewandt, um eine einstweilige Verfügung gegen den jüngsten Bericht der Arbeitsgruppe des Energieministeriums (DoE) über Treibhausgasemissionen zu erwirken. Die wichtigste Erkenntnis des Berichts nach Auswertung eines Großteils der Literatur des IPCC: Computermodelle geben „wenig Aufschluss“ darüber, inwieweit das Klima auf Treibhausgase wie Kohlendioxid reagiert. Diese Beobachtung wird in den Mainstream-Medien regelmäßig ignoriert, ist aber kaum etwas Neues. Die verfügbaren Daten führen trotz aller politischen Unsinnsbahauptungen über „gesicherte“ wissenschaftliche Erkenntnisse zu dieser unvermeidlichen Schlussfolgerung. Der Gang vor Gericht, um ein Verbot des Berichts zu erwirken, ist ein neuer Tiefpunkt in dem zunehmend verzweifelten Versuch, die Net-Zero-Phantasterei mit Hilfe von wissenschaftlichen Schreckensszenarien am Leben zu erhalten, die immer wieder aufs Neue widerlegt werden.

Die fünf renommierten Wissenschaftler, die den Bericht verfasst haben, äußerten nicht nur begründete Zweifel an der Rolle von Klimamodellen, sondern zitierten auch ausführlich Daten, aus denen hervorgeht, dass die meisten extremen Wetterereignisse nicht zunehmen und der Meeresspiegelanstieg in Nordamerika keinen steigenden Trend aufweist. Behauptungen über den Einfluss des Menschen auf einzelne Wetterereignisse werden häufig verwendet, um Klimangst zu verbreiten, aber diese wurden durch natürliche Klimaschwankungen in Frage gestellt, und es wurde eingeräumt, dass sie ursprünglich mit Blick auf „Lawfare“ konzipiert waren. Die Autoren bemühten sich, einen Großteil der wissenschaftlichen Erkenntnisse und Meinungen aus den IPCC-Bewertungsberichten hervorzuheben, machten aber auch Bereiche publik, die bequemerweise heruntergespielt wurden, wie beispielsweise die jüngste massive „Begrünung“ des Planeten aufgrund höherer CO<sub>2</sub>-Werte.

In jedem anderen Wissenschaftszweig wäre die Vorstellung, dass eine zivilisierte Diskussion und Meinungsverschiedenheiten über Fragen von entscheidender Bedeutung für die öffentliche Politik durch eine Klage verboten werden sollten, absurd – ja sogar kindisch.

Aber eigentlich geht es hier nicht wirklich um die Wissenschaft. Die Kläger befürchten, dass der Bericht dazu benutzt wird, die Streichung von CO<sub>2</sub> aus einer Gefährdungsfeststellung aus dem Jahr 2009 zu rechtfertigen. Dies würde unweigerlich zu einer erheblichen Einschränkung der Vorschriften führen, die das Command-and-Control-Projekt „Net Zero“ unterstützen. Bei der Ankündigung der Klage wurden die Spielsachen aus dem Kinderwagen geworfen: „Zwei führende Wissenschafts- und Umweltgruppen gehen vor Gericht, um gegen die Trump-Regierung vorzugehen, die eine heimlich einberufene Gruppe von Klimaskeptikern eingesetzt hat, um einen mittlerweile weithin kritisierten Bericht zu erstellen, mit dem sie versucht, die Gefährdungsfeststellung rückgängig zu machen... Die Erstellung dieses

manipulierten Berichts unter Geheimhaltung und die Verwendung durch Administrator Zeldin [Leiter der Umweltschutzbehörde EPA] zur Untergrabung von Umweltschutzmaßnahmen gefährden die amerikanische Bevölkerung und verstößen gegen Bundesgesetze.“ An einer Stelle wurde der Bericht als „Farce“ bezeichnet und als von „fünf bekannten Klimaleugnern“ erstellt beschrieben.

Es versteht sich von selbst, dass die beiden Kläger direkt aus der Zentrale von Green Blob stammen. Der Environmental Defense Fund ist eine große Umwelt-Aktivistengruppe, die sich mit „Lawfare“ für ihre Net-Zero-Initiative einsetzt. Aus Spendenunterlagen geht hervor, dass die Organisation im Jahr 2023 162,9 Millionen Dollar von steuerbegünstigten Stiftungen erhalten hat, darunter namhafte Spender wie der Bezos Earth Fund, Sloan und Valhalla Funds. Der zweite Kläger, die Union of Concerned Scientists (UCS), nimmt ebenfalls Stiftungsgelder an und hat in der Vergangenheit beträchtliche Beiträge von den MacArthur-, Schmidt- und Packard-Fonds erhalten. Unterdessen trägt die UCS häufig zur Heiterkeit der Nation bei, nicht zuletzt, als sie am 24. Juli eine seltsam präzise [Warnung](#) herausgab, dass derzeit 169.899.454 Menschen in den Vereinigten Staaten von extremen Wetterwarnungen betroffen seien. Mit anderen Worten: Während eines typischen amerikanischen Sommers müsste der Großteil der Bevölkerung möglicherweise seine Sonnencreme auffrischen. Diese und ähnliche alberne Panikmache haben einige dazu veranlasst vorzuschlagen, dass die Organisation eigentlich „Union of Scientists We Should be Concerned About“ (Vereinigung von Wissenschaftlern, um die wir uns Sorgen machen sollten) heißen sollte.

Unterdessen machen weiterhin aktivistische „Faktenprüfer“ mobil, um Fehler im Klimabericht des Energieministeriums (DoE) und im Vorschlag der Umweltschutzbehörde EPA zur Aufhebung der 2009 getroffenen Feststellungen zur Gefährdung durch Treibhausgase zu finden. Letzte Woche wurde bekannt, dass die von Blob finanzierte Organisation Carbon Brief [„Faktenchecks“](#) durchführt, und nun scheint es, dass auch Associated Press (AP) an einem ähnlichen Projekt beteiligt ist. AP hat sich schriftlich an die im Bericht des Energieministeriums zitierten Wissenschaftler gewandt und ihnen zehn Fragen gestellt, um „einen umfassenden Eindruck von der wissenschaftlichen Genauigkeit der Dokumente zu erhalten“. Eine noble Aufgabe natürlich, die jedoch seltsamerweise nicht durchgeführt wird, wenn andere wichtige Berichte von Gremien wie dem IPCC veröffentlicht werden. Das Projekt wird von Seth Borenstein von AP geleitet, der seit über einem Jahrzehnt über alle erdenklichen [Klimakatastrophen](#) berichtet. Er ist kein Unbekannter in der seltsamen Welt der Mainstream-Faktenprüfung. Im Jahr 2018 half er dabei, einen Brief an Scott Pruitt, den damaligen Leiter der EPA, zu verfassen, der wie folgt [lautete:](#)

*PRUITT: Wissen wir wirklich, wie hoch die ideale Temperatur im Jahr 2100 sein sollte, wenn wir das Jahr 2018 schreiben? Es ist ziemlich arrogant von uns zu glauben, dass wir genau wissen, wie hoch sie im Jahr 2100 sein sollte.*

*DIE FAKTEN: Was er als arrogant bezeichnet, ist etablierte Wissenschaft. Der Weltklimarat der Vereinten Nationen sagt, dass die Temperaturen bis zum Ende des Jahrhunderts um etwa 6,5 Grad höher sein werden als heute (3,7 °C), wenn die Emissionen aus fossilen Brennstoffen auf dem aktuellen Niveau bleiben.*

Beachten Sie, wie Borenstein eine vernünftige Meinung von Pruitt zurückwies, indem er eine andere Meinung äußerte, nämlich dass sich die Erde in 80 Jahren um fast 4 °C erwärmen werde. Seine Meinung, die zunehmend als fantasievolle Propaganda angesehen wird, soll „etablierte Wissenschaft“ sein. Man könnte argumentieren, dass die einzige Arroganz in der Überschrift zum Ausdruck kam, die lautete: „AP FACT CHECK: Klimawissenschaft untergräbt die Ansicht des EPA-Chefs“. Im weiteren Sinne beschreibt AP seinen Faktencheck-Service als „Keine Manipulation. Keine Agenda. Nur Journalismus, der Ihre Intelligenz respektiert“.

AP erhielt seinerseits im Jahr 2022 8 Millionen Pfund von steuerbegünstigten Stiftungen, um 20 Journalisten einzustellen, die bei der Leitung einer Klimaredaktion helfen sollen. Zu den Geldgebern gehörten die Hewlett-, Rockefeller- und Walton-Stiftungen. Die eigenständige Redaktion „wird das globale Verständnis des Klimawandels und seiner Auswirkungen auf der ganzen Welt verbessern“, versprach AP. „Unvoreingenommener, faktenbasierter Journalismus war noch nie so wichtig und gleichzeitig so gefährdet wie heute“, fügte Larry Kramer, Präsident der William and Flora Hewlett Foundation, hinzu. „AP behält die vollständige redaktionelle Kontrolle über alle Inhalte“, erklärte die AP in ihrer Pressemitteilung, in der sie die große Finanzspritze ankündigte.

Unterdessen hat Dr. Roger Pielke Jr., dessen Arbeit im DoE-Bericht ausführlich zitiert wird, einen Fragebogen von Borenstein erhalten. Er merkt an, dass er in den letzten beiden Fragen gebeten wird, die Berichte auf einer Skala von A bis F zu bewerten, wenn sie als Bachelorarbeit eingereicht worden wären. Die Dummheit der Aktivisten erhielt die Antwort, die sie verdiente: „Das sind absolut lächerliche Fragen, die darauf hindeuten, dass Ihr Ziel hier nicht Journalismus, sondern Mannschaftssport ist.“

Der Report des US Department of Energy: A Critical Review of Impacts of Greenhouse Gas Emissions on the US Climate. Autoren: John Christy Ph.D, Judith Curry Ph.D, Steven Koonin Ph.D, Ross McKittrick Ph.D, Roy Spencer Ph.D.

*Chris Morrison is the Daily Sceptic's Environment Editor. Follow [him on X.](#)*

Link:

<https://wattsupwiththat.com/2025/08/18/activists-run-to-federal-court-to-try-to-ban-official-us-government-report-that-blows-holes-in-settled-climate-science-claims/>

## Klimawandel: Die nächste Phase?

geschrieben von Andreas Demmig | 20. August 2025

Das Observatorium, 7. August 2025, Dr. David Whitehouse  
Unabhängig von Ihrer Meinung zu Inhalt oder Autoren stellt der jüngste Bericht des US-Energieministeriums zur Klimawissenschaft einen Meilenstein in der Klimadebatte dar, da er eine Diskussion eröffnet, die zuvor durch einen erzwungenen Konsens verhindert wurde.

---

## Kernenergie in einem freien Markt ist der Weg zu reichlicher und kostengünstiger Elektrizität!

geschrieben von Chris Frey | 20. August 2025

**Ronald Stein, P.E.**

Der Anstieg der Stromkosten ist in erster Linie auf die fest verankerten Monopole der Versorgungsunternehmen zurückzuführen, welche die Wahlmöglichkeiten der Verbraucher einschränken und den Wettbewerb auf dem Markt behindern. Während die Stromnachfrage aufgrund von Faktoren wie der Verbreitung von Elektrofahrzeugen, dem Bevölkerungswachstum und der raschen Expansion energieintensiver Daten- und KI-Zentren stetig steigt, bleibt das Stromangebot durch veraltete regulatorische Rahmenbedingungen und Marktmodelle begrenzt.

Da sie vor Wettbewerb geschützt sind, haben die Versorgungsunternehmen nur einen minimalen Anreiz, innovativ zu sein oder die Preise zu kontrollieren. Die gestiegenen Ausgaben im Zusammenhang mit der Integration unzuverlässiger, intermittierender und energieärmer erneuerbarer Energiequellen, die Volatilität auf den Märkten für fossile Brennstoffe und die verschärften regulatorischen Anforderungen werden an die Verbraucher weitergegeben. Ohne die durch den Wettbewerb auferlegte Disziplin gibt es kaum etwas, was kontinuierliche Preiserhöhungen verhindern könnte. Wenn also die Nachfrage das Angebot übersteigt,

schreiben die Grundprinzipien der Wirtschaft vor, dass die Kosten für alle, die auf das Stromnetz angewiesen sind, also für jeden, weiter steigen werden.

Historisch gesehen waren Kernkraftwerke zu etwa 97 % mit Kohlekraftwerken identisch, wobei der Hauptunterschied in der Wärmequelle lag, also der Energie, die benötigt wird, um Wasser in Dampf umzuwandeln und damit die Turbinen anzutreiben. Der Kohlebergbau sah sich einer Bedrohung seines Monopols ausgesetzt, als sich herausstellte, dass die Wärme, die durch den natürlichen radioaktiven Zerfall von Uran (U-235) entsteht, millionenfach stärker ist als die Wärme, die bei der Verbrennung von Kohle entsteht. Das Uran (U235), das als Spurenelement in der Kohle vorkommt, enthält mehr Energie als die Kohle selbst. Anstatt die Kernenergie als Konkurrenten zu betrachten, hätte die Kohleindustrie ihre frühere Praxis fortsetzen sollen, die Kernenergie als Energiequelle der „nächsten Generation“ zu fördern. Wir versuchen, der fossilen Brennstoffindustrie einen guten Grund zu geben, zu ihrer früheren Politik der Förderung der Kernenergie zurückzukehren.

Der jüngste Boom für saubere Energie hat nicht zu einer Neubewertung der leistungsstarken Lösung der Kernenergie geführt, sondern zu den absolut schlechtesten Lösungen, die man sich vorstellen kann – Wind- und Solarenergie. **Dies sind die teuersten, unzuverlässigsten und umweltschädlichsten „Lösungen“ für die Stromerzeugung, die man sich vorstellen kann.** Die Integration dieser unsinnigen Projekte in verschiedene nationale Stromnetze ist sehr kostspielig und verursacht Stromausfälle in anderen Ländern.

[Hervorhebung vom Übersetzer]

Die seltsame Welt der Kernenergie dreht sich um die Erkenntnis, dass die Natur uns eine einzigartige Lösung zur Verbesserung unserer Lebensqualität geschenkt hat, unsere Gesellschaft jedoch so viele Hindernisse wie möglich aufbaut, um deren Verwirklichung zu verhindern. Die kommerzielle Kernenergie kann auf eine 70-jährige Erfolgsgeschichte zurückblicken, auf die man stolz sein kann.

Die Vorteile der Kernenergie wurden durch die enormen Geldsummen verschleiert, die ausgegeben wurden, um in der öffentlichen Wahrnehmung dieser Vorteile einen Nebel des Zweifels zu erzeugen. Verfahren wie diese wurden früher als „Kartellbildung“ oder „unlauterer Wettbewerb“ bezeichnet, aber heutzutage scheinen sie „ganz normal“ zu sein.

Dieses „Business as usual“ ist besonders beunruhigend, weil gerade die Regierung, der wir vertrauen, dass sie unsere Interessen wahrt, daran beteiligt ist, den Nebel zu erzeugen, der ihren Fortschritt trübt. Wir können so viel darüber nachdenken wie wir wollen, warum das so ist, aber wir müssen uns darauf konzentrieren, wie wir den Schaden rückgängig machen können, der in den letzten 40 Jahren durch die Vermarktung von Strom an die Öffentlichkeit entstanden ist.

Die Vermarktung von Strom erfolgt heute über Unternehmen, die als „Versorgungsunternehmen“ bezeichnet werden, und die derzeitige Denkweise der Regierung hat uns glauben gemacht, dass Strom nur als Monopol vermarktet werden kann.

Daher sind wir darauf beschränkt, unseren Strom nur von einem einzigen Unternehmen zu beziehen. Dies wird noch dadurch erschwert, dass es keine andere Ware gibt, die unsere Lebensqualität so direkt beeinflusst wie elektrische Energie. Wer über diese Ware verfügt, gehört zur obersten Schicht der wohlhabenden Gesellschaften. Wer sie nicht hat, wird in den Status der Dritten Welt mit einer sehr geringen Lebensqualität verwiesen. Gerade das, was uns die Natur gegeben hat, um unser Leben aus der Armut zu befreien, wird durch staatlich unterstützte Hindernisse beeinträchtigt, die uns bewusst den maximalen Nutzen dieser Gabe vorenthalten sollen.

Selbst Befürworter der Kernenergie scheinen darauf bedacht zu sein, diese Branche zum Scheitern zu verurteilen. Kein Produkt wird vermarktet, indem man die möglichen Gefahren beschreibt, selbst wenn diese Gefahren nachweislich keine Gefahr für die Sicherheit darstellen. In fast 70 Jahren Kernenergieproduktion ist noch nie jemand durch den normalen Betrieb zu Schaden gekommen. Der Unfall von Tschernobyl ereignete sich nicht unter „normalen Betriebsbedingungen“. Bei den Unfällen von Three Mile Island und Fukushima kam niemand zu Schaden. Keine andere Branche kann auch nur annähernd eine solche Sicherheitsbilanz vorweisen. Wir akzeptieren das Risiko des Autofahrens, obwohl jedes Jahr mehr als 40.000 Menschen dabei ums Leben kommen. Wir akzeptieren das Risiko des Fliegens mit kommerziellen Fluggesellschaften, bei dem durchschnittlich mehr als 500 Menschen pro Jahr ums Leben kommen. Die Sicherheitsbelastung für diese Branchen ist im Vergleich zu der massiven Belastung, die der Kernkraftbranche durch die staatliche Beteiligung an diesem Geschäft auferlegt wird, fast nicht existent.

Es ist schwierig, die strengen Beschränkungen und hinderlichen Auflagen der Atomaufsichtsbehörde zu rechtfertigen, insbesondere wenn ihre Behauptung, Sicherheitsmängel verhindern zu wollen, im Widerspruch zu der Tatsache steht, dass die Kernkraft-Industrie in den letzten 70 Jahren die sicherste der Welt war.

Die größte Belastung für diese Industrie ist jedoch das enorme Gewicht der Versorgungsmonopole. Die Kunden müssen Strom aus einer einzigen Quelle beziehen, unabhängig von den Kosten. Wenn die enormen Kosten für „erneuerbare Energien“ auf Ihrer Rechnung auftauchen, steigt der Preis. Wenn die Kosten für Kohle und Erdgas steigen, haben Sie keine andere Wahl, als den Preis zu zahlen.

Während der zusätzliche Strombedarf in den letzten 20 Jahren bei wenigen Prozent pro Jahr lag, werden KI und Rechenzentren allein für ihre stromintensive Infrastruktur 10 % oder mehr pro Jahr benötigen. Sie

werden den Preis für diesen Fehler zahlen, wenn der Strombedarf steigt. Die unveränderliche Regel für steigende Nachfrage bei konstantem Angebot lautet, dass die Kosten steigen. Ohne alternative Versorgungsmöglichkeiten werden sie weiter steigen. Warum sollte ein Monopol daran etwas ändern wollen? Es handelt sich um garantierter Gewinne, die auf Kosten der unglückseligen Stromkunden erzielt werden.

Ja, Sie sind keine „Kunden“. Sie sind „Stromzahler“. Die Rechenzentren bauenden Unternehmen haben erklärt, dass sie so hohe Preise wie nötig bieten werden, um ihren Strom zu bekommen. Selbst bei Preisen über einem Dollar pro kWh erzielten diese Zentren noch massive Gewinne, und einige haben erklärt, dass sie bei drei Dollar pro kWh (3 \$ pro kWh oder mindestens das 15-Fache des aktuellen Preises) profitabel sein werden. Wer wird also Strom bekommen? Verbraucher, die 0,20 Dollar pro kWh für teuer halten, oder diejenigen, die bereit sind, 3,00 Dollar pro kWh zu zahlen.

Kein Stromversorgungssystem außer der Kernenergie ist skalierbar genug, um diesen wachsenden Bedarf zu decken. Darüber hinaus können die neuen Kernkraftwerkstypen den leicht verbrauchten Kernbrennstoff aus den bestehenden Kernkraftwerken recyceln, der sich in den letzten fünf Jahrzehnten angesammelt hat, und bieten so nahezu unbegrenzte Strommengen zu einem Preis von wenigen Cent pro kWh.

Die Hindernisse, die vor uns liegen, sind die Monopole der Versorgungsunternehmen, welche immer wieder erheblichen Widerstand gegen Veränderungen leisten.

Dennoch wurden sowohl AT&T als auch Standard Oil durch eine Anordnung der [US-]Bundesregierung „entmonopolisiert“. Dennoch scheint das wohl wichtigste Gut für die Bürger durch dieselbe Regierung (oder vielleicht nicht dieselbe?) dazu verpflichtet zu sein, ein Monopol zu bleiben. Strom kann über das Stromnetz problemlos direkt an die Kunden übertragen werden, genau wie Telefongespräche über Funknetze übertragen werden. Mit dem Aufkommen moderner Reaktoren der Generation IV können diese sogar ohne Stromnetz direkt Strom liefern. Wir müssen nur die Regierung aus dem Weg räumen und sie auf ihre ursprüngliche Aufgabe zurückführen, nämlich für uns alle zu sorgen, indem sie Gesetze schafft und durchsetzt, die Fairness in einer freien Marktwirtschaft vorschreiben.

Die freie Marktwirtschaft im Stromsektor wird Innovation und Wettbewerb fördern und zu den niedrigsten Strompreisen führen. Davon werden alle Bürger profitieren, aber wie immer muss man dies einfordern.

*First Published at [America Out Loud News](#).*

*Ronald Stein, P.E. is an internationally published columnist and energy consultant, and a policy advisor for The Heartland Institute.*

Link:

<https://heartland.org/opinion/nuclear-power-in-a-free-enterprise-environ>

# Ein Alarmbrief an den Kanzler

geschrieben von Admin | 20. August 2025

**von Peter Würdig**

**Und es ist wirklich Alarm:**

denn „noch nie waren so viele gute Arbeitsplätze bedroht !“ Darüber berichtete jetzt Merkur: Energie-Alarmbrief erreicht Merz: „Nie waren so viele gute Arbeitsplätze bedroht“ Nun, das ist wirklich keine überraschende Nachricht, denn die De-Industrialisierung ist sei einiger Zeit voll im Gange. Deutschland ist trauriger Spitzenreiter, was die Höhe des Strompreises betrifft, und da der Preis für elektrische Energie in vielen Produkten der Industrie (und auch des Mittelstandes) eine wichtige Rolle spielt, können viele Firmen mit der Konkurrenz des Auslands nicht mehr mithalten. Besonders aus den kriselnden Industrie-Branchen kommt jetzt massive Kritik. So meldeten sich nun die Arbeitnehmervertreter der ostdeutschen Chemie- und Stahlindustrie zu Wort. Beide Branchen stecken seit längerem im deutschen Rezessions-Dilemma fest.

## Das falsche Rezept.

Für die Politik ist das kein neues Problem, und nun versucht es die Bundesregierung unter Kanzler Merz mit der Senkung der Stromsteuer für die Industrie. Wenn wir eine Situation hätten, dass auf einem angemessenem Netto-Preis für elektrische Energie eine viel zu hohe Steuer läge, dann wäre das eine richtige Maßnahme. Tatsächlich ist die Situation jedoch genau umgekehrt: es sind eben nicht zu hohe Steuern, die sind ja vergleichsweise angemessen, denn dass Verbrauchsgüter mit Steuern belegt sind, ist ganz normal, die Leistungen der staatlichen Verwaltung müssen ja bezahlt werden. Tatsache ist jedoch leider, dass der Preis von Strom vor Steuern schon viel zu hoch ist, das hat man mit der Energiewende geschafft. Damit ist das jetzige Verfahren, das ja auch noch für eine heftige Diskussion gesorgt hat, da die privaten Haushalte nicht entlastet werden sollen, nur ein Placebo-Effekt. Und nun äußern sich die Vertreter der Branchen deutlich: Die Pläne des Merz-Kabinetts, Unternehmen im Bereich der gestiegenen Energiepreise zu entlasten, gehen ihnen ganz klar nicht weit genug. Dies geht aus einem Brandbrief hervor,

in dem sich die Vertreter der ostdeutschen Stahl- und Chemieindustrie direkt an den Bundeskanzler gewendet haben. Um an den Kern der Problems heranzugehen fehlt der Politik offensichtlich der Mut und auch die Kraft. Es kommt ein Weiteres hinzu: wenn Steuern gesenkt werden stellt sich die Frage der Gegenfinanzierung, welche Leistungen der Verwaltung sollen gekürzt werden, oder sollen noch höhere Schulden aufgenommen werden ?

## **Energiewende misslungen ?**

Die Branche spart in ihrem Brandbrief nicht mit deutlichen Formulierungen. Der im Kabinett beschlossene Booster geht den Unternehmen nicht weit genug. Man wolle „keine Subventionen nach Gutsherrenart, sondern vernünftige Rahmenbedingungen“. Die Energiewende an sich wird im Brief als „bislang gründlich misslungen“ bezeichnet.

Kann man die Energiewende wirklich als „gründlich misslungen“ bezeichnen ? Das hängt davon ab, was mit der Energiewende bezweckt werden soll. Wenn der Zweck der Energiewende ist, dass sich die Besitzer von großen Flächen, also die Windmühlenbarone, die Taschen stopfen können für eine Leistung, die im freien Markt niemand freiwillig abnehmen würde, dann muss man die Energiewende als hervorragend gelungen bezeichnen. Sollte damit jedoch eine preiswerte Energie-Versorgung für ein Industrieland gemeint gewesen sein, dann hätte man das ja auch ganz anders anfangen müssen, nicht mit dem EEG und einer ausufernden Planwirtschaft, sondern zunächst ein Versuch im Kleinen, wie z.B. mit dem Projekt „Smart region Pellworm“, EIKE hatte darüber berichtet, hier: Vom Winde verweht – die Pellworm-Pleite, lebendige Eindrücke aus einer „Smart region“ – EIKE – Europäisches Institut für Klima & Energie und hier: Wenn schon pleite, dann aber richtig ! Ein Nachruf auf die „Smart region Pellworm“ – EIKE – Europäisches Institut für Klima & Energie Man hätte diese Ergebnisse auswerten müssen statt das dann alles unter den Teppich zu kehren, da schon der Versuch für eine kleine Insel gründlich misslungen war.

## **Wie geht es weiter ?**

Nun müssen wir leider erwarten, dass die Energiewende weiter noch gründlicher misslingen wird, denn der weitere Ausbau von Windmühlen und PV-Anlagen geht ungehemmt weiter, was im Brandbrief auch deutlich kritisiert wird. Tausende von Windkraftanlagen und PV-Anlagen sind errichtet worden, wofür Subventionen von vielen Milliarden aufgebracht worden sind. Allerdings, keine einzige dieser Anlagen ist in der Lage, Energie verbrauchsgerecht zu liefern. Für jede dieser Windmühlen oder „Balkon-Kraftwerke“ braucht man ein Backup-Kraftwerk, das die wetterabhängig schwankende Erzeugung sekundengenau ausgleicht. Die letzten drei noch verbliebenen Kernkraftwerke, die für diese Aufgabe hervorragend geeignet waren, wurden unter der Regierung Scholz abgeschaltet und dann zerstört. Das Kraftwerk Moorburg in Hamburg, eines der modernsten Kohlekraftwerke, wurde jüngstens abgeschaltet und

abgerissen, und die noch verbliebenen Kohlekraftwerke sollen ebenfalls abgerissen werden. Für die dann fehlende

Grundlast-Versorgung sollen Gaskraftwerke mit einer Leistung von bis zu 20 GW errichtet werden, und nicht nur der Aufbau dieser Werke erfordert Subventionen ohne Ende, niemand weiß auch bisher, wo das Gas dafür herkommen soll und was das kosten wird. Eine wirkliche Entlastung können Industrie, Mittelstand und private Verbraucher nicht erwarten, es kommen im Gegenteil immens steigende Kosten auf uns zu.